

## AKTUELL

H1N1-IMPfung

# Schwein gehabt?

Christiane Walerich

**Die öffentliche Reaktion auf die Großimpfung ist gespalten: Während die Verantwortlichen den Impfstoff AH1N1 als wirksamen Schutz vor einer möglichen Pandemie anpreisen, monieren Kritiker, die Massenimpfung komme zu früh, sei unsicher und zu teuer.**

Am 27. Oktober soll in Luxemburg die Impfung gegen die sogenannte Schweinegrippe beginnen. Bislang wurden hierzulande laut Gesundheitsministerium rund 670 bestätigte H1N1-Infektionen nachgewiesen, von denen alleine rund 120 im Zeitraum vom 24. September bis zum 1. Oktober erfolgt seien. „Ich möchte lieber, dass man uns später vorwirft, wir hätten zu viel getan als zu wenig“, so Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo zum Impf-Dilemma. In der Tat ist die Impfung keineswegs unumstritten: Während Politiker betonen, dass die Massnahme für den Schutz der Bevölkerung unerlässlich sei, monieren Kritiker, die Impfung erfolge zu früh, sei unsicher und zu teuer. Besorgt über die Informationspolitik zur Impfung zeigt sich etwa die Gewerkschaft der Krankenpfleger in Frankreich: „Notre devoir d'infirmières est d'informer correctement la population, pour que chacun prenne sa décision en toute connaissance de cause (...) et non par une campagne de publicité et des discours alarmistes“.

Zwischen 5 bis 6 Millionen Euro hat die Luxemburger Regierung für den Ankauf des Impfstoffs „Pandemrix“ der Firma GlaxoSmithKline (GSK) aufgewendet, mit dem in einer ersten Phase vor allem das Pflege- und Krankenpersonal, Betreuer von Kindern unter 6 Monaten sowie Risikogruppen wie chronisch Kranke und Schwangere geimpft werden sollen. Noch rührt der Gesundheitsminister die Werbetrommel für das neue Serum: „Die Vorteile der Impfung überwiegen die Nachteile“. Dennoch wird die Kampagne kritisiert, und zwar speziell aufgrund der Zusammensetzung des neuen Impfstoffs. Denn anders als die in den USA seit September zugelassenen Impfstoffe enthalten die in Europa genehmigten sogenannte Wirkverstärker (Adjuvantien). Die meisten EU-Länder haben sich angesichts der Pandemiegefahr für diese Adjuvantien entschieden. Während die Herstellung eines Impfstoffes in bebrüteten Hühnereiern langwierig

ist, lassen sich durch diese Zusatzstoffe aus der gleichen Menge Impfstoff viermal mehr Impfdosen herstellen. Der Nachteil: Die Adjuvantien sind gesundheitlich nicht unbedenklich; aufgrund des kurzen Testverfahrens lassen sich seltene Nebenwirkungen nicht ausschließen. Auch wurde der Impfstoff an bestimmten Bevölkerungsgruppen, wie etwa Schwangeren, kaum wirklich getestet. Dennoch sprach sich der Gesundheitsminister Mars di Bartolomeo am Montag für das Impfen von Schwangeren aus, empfahl aber, dass „jede Frau in der Besprechung mit ihrem Arzt eine Nutzen-Risiko-Abwägung machen soll“. Ganz sicher scheint sich auch die europäische Zulassungsbehörde für Arzneimittel (Ema) nicht gewesen zu sein, da sie Pandemrix am 24. September mit dem Argument zuliess, „dass es bisher nicht möglich war, umfassende Informationen über den Pandemie-Impfstoff zu erlangen.“ Auch gewisse kurzfristige Revisionen von Testergebnissen - dass nun etwa eine Impfdosis statt zwei ausreichend sein soll - waren nicht dazu angetan, das Vertrauen zu verstärken. Über allem schwebt die unbeantwortete Frage, wie unabhängig eigentlich die Zulassungsbehörden von Pharmafirmen und Wirtschaft sind. So wird Ema von der Antikorruptionsorganisation „Transparency International“ seit Jahren kritisiert, Arzneimittel vorschnell zuzulassen, ohne ihre Wirksamkeit, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit hinreichend geprüft zu haben. Laut „Transparency“ würden zudem „Verbrauchern wie Fachkreisen (...) Zugang und Information über wesentliche regulatorische Datengrundlagen (...) sowie über bekannt gewordene Fälle unerwünschter Arzneimittelwirkungen mit dem Hinweis auf Geschäftsgeheimnisse oder auf den Datenschutz verweigert“. Auch kritisiert „Transparency“, dass Ema in der Europäischen Kommission der Generaldirektion Wirtschaft und nicht der für Gesundheit- und Verbraucherschutz unterstellt ist.

Siehe: <http://www.syndicat-infirmier.com>  
<http://www.arznei-telegramm.de>  
<http://www.transparency.org/>

## SHORT NEWS

## La crise en rouge et vert

Lundi prochain les Verts lanceront la « Gréng Stéftung » chargée d'effectuer un travail de réflexion et de formation des membres et sympathisant-e-s. Une présentation aura lieu le 21 octobre en présence de Pierre Jonckheer de la Green European Foundation qui encadre et finance ce type d'activités. Le lendemain aura lieu une conférence de Christian Chavagneux, journaliste de la revue Alternatives économiques. Le sujet sera « Pittsburgh et après ? ». Le conférencier tentera de répondre aux interrogations sur les fondements de notre économie soulevées par la crise actuelle.

L'organisation Transform, qui réunit des membres de partis de gauche et d'ONG progressistes, poursuit également ses activités ([www.transform.lu](http://www.transform.lu)). En attendant de publier les résultats de son groupe de travail consacré aux inégalités sous forme d'un dossier de la revue forum, l'organisation attire l'attention sur le dernier numéro de « Transform ! », consacré à la crise financière et à ses conséquences. Cette publication est éditée par le réseau européen Transform, regroupant des thinktank divers, dont la plupart sont cependant proches des partis regroupés dans la gauche unitaire européenne.

## Mehr Ausbildung

Seit 1996 setzt sich die „Association nationale des infirmiers et infirmières“ (Anil) für eine Erhöhung der Ausbildungszeit der KrankenpflegerInnen ein, die in Luxemburg mit rund 3.400 Stunden weit unter der durchschnittlichen Ausbildungszeit anderer EU-Länder liegt, die über 4.600 Stunden verfügen. Dieses Versäumnis könnte nun den Luxemburger Staat teuer zu stehen kommen: Am 8. Oktober hat die Europäische Kommission die Regierung aufgefordert die Ausbildungssituation der Krankenpfleger endlich zu reformieren. Zudem unterstützen zwei Gewerkschaften, der LCGB und der OGBL, die Forderungen der Anil. Letzterer kritisiert, dass die bisherigen Reformpläne der Regierung im Ausbildungsbereich unrealistisch sind und eine „totale Überforderungen der Schülerinnen und Schüler mit sich gebracht“ hätten, dadurch dass „die fehlenden 1000 Stunden einfach in die drei bestehenden Schuljahre“ integriert werden sollten. Stattdessen sei eine Verlängerung der Krankenpflegerausbildung auf vier Jahre unumgänglich, glaubt der OGBL. Es bleibt abzuwarten, wie die großen Parteien reagieren, die zumindest in ihren Wahlprogrammen vom Juni selbst auf das Problem der Ausbildungsdauer aufmerksam gemacht hatten

## Biocardel vor Genehmigung?

Umwelt- und Dritte-Welt-Organisationen aber auch Privatbürger haben sozusagen in letzter Minute versucht, Einspruch im Commod-Incommodo-Verfahren des Biodiesel-Herstellers Biocardel in Bettemburg/Düdelingen einzureichen. Am Donnerstag bestand in Düdelingen die letzte Möglichkeit die Unterlagen des Genehmigungsverfahrens in Augenschein zu nehmen. Die Kritiken an Biocardel reichen von Sicherheitseinwänden bis Fragen bezüglich Nachhaltigkeit der geplanten Anlage. Laut Umwelt-Risiko-Studie, kann es im Produktionsprozess „durch allmählich nachlassende Dichtigkeit zu Leckagen“ kommen. Aber auch durch die Lagerung der Rohstoffe und die Befüllung der Anlage könnten toxische Substanzen in die Umwelt gelangen. Diese Bedenken werden durch den Umstand erhärtet, dass die Betreiberfirma zeitweise nur mit Einmannschichten arbeiten will. Schlimmer dürfte allerdings wiegen, dass keine verbindliche Angaben zur Herkunft der in der Anlage verwendeten Rohstoffe gemacht werden. Zwar wird mündlich beteuert, dass die Anlage vor allem mit Abfall-Ölen aus der Großregion betrieben werden soll, doch betreibt Biocardel gleichzeitig Jatropa Plantagen in Westafrika. Bettemburg und Düdingen sind Mitglieder des internationalen Klimabündnisses und somit Mitträger eines Beschlusses, der fordert „auf den Import und den Einsatz von Treib- und Brennstoffen aus Biomasse aus Entwicklungsländern“ zu verzichten - dies mindestens solange als kein internationales Label existiert, das diese Exporte auf ihre ökologische und soziale Nachhaltigkeit hin überprüft.